

Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Prenzlau

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am folgende Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Prenzlau erlassen:

1. Unabhängigkeit der Rechnungsprüfung
2. Aufgaben der Rechnungsprüfung
3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabchlusses
4. Kassenprüfung
5. Prüfung von Vergaben
6. Prüfung der DV- Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft
7. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt bzw. bei städtischen Beteiligungen und Zuschüssen
8. Prüfungsunterlagen und Informationen
9. Prüfberichte und Geschäftsgang
10. Inkrafttreten

1. Unabhängigkeit der Rechnungsprüfung (vergl. § 101 BbgKVerf)

(1) Die Rechnungsprüfung ist der Stadtverordnetenversammlung unmittelbar verantwortlich und in ihrer sachlichen Tätigkeit ihr unmittelbar unterstellt.

(2) Der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzter der Rechnungsprüfer.

(3) Entsprechend § 101 (3) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist die Rechnungsprüfung in der Darstellung und sachlichen Beurteilung der Prüfungsvorgänge und -ergebnisse unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(4) Die Stadtverordnetenversammlung bestellt die Rechnungsprüfer im Benehmen mit dem Bürgermeister und beruft sie ebenso ab.

(5) Die Rechnungsprüfer müssen fachlich und persönlich für die Aufgaben der Rechnungsprüfung geeignet sein und über umfassende Kenntnisse der Verwaltung, insbesondere auf gemeinderechtlichem, haushaltsrechtlichem, kaufmännischem und vergaberechtlichem Gebiet, verfügen. Gute Kenntnisse der elektronischen Datenverarbeitung sind unabdingbar.

2. Aufgaben der Rechnungsprüfung (vergl. § 102 BbgKVerf)

(1) Die Rechnungsprüfung hat, im Rahmen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens, insbesondere folgende Aufgaben:

- die Prüfung der Jahresabschlüsse und der Gesamtabchlüsse,
- die Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses,
- die Prüfung der Zahlungsabwicklung und der Liquiditätsplanung,
- die Vornahme der Kassenprüfungen,

- die Prüfung von Vergaben nach den geltenden gesetzlichen und haushaltsrechtlichen Regelungen für Dienst-, Bau-, Lieferleistungen, freiberuflichen Leistungen und Konzessionen ab einem Wertumfang von 8.400,00 € ohne Umsatzsteuer,
- die Prüfung der Durchführung und Abrechnung kommunaler Baumaßnahmen,
- die Prüfung der Verwaltung auf Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit,
- die Prüfung der Programme zur Ermittlung von Ansprüchen und Zahlungsverpflichtungen für die Finanzbuchhaltung und die Zahlungsabwicklung sowie zu elektronischen Speicherung von Büchern und Belegen,
- die Prüfung der Verwendung von Zuwendungen,
- mit Dritten vereinbarte Prüfungen aus Verträgen, bei Mitgliedschaften,
- thematische Prüfung einzelner Haushaltsvorgänge und
- die Erarbeitung von Stellungnahmen zu grundlegenden beabsichtigten Änderungen in der Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens.

Die nachfolgenden Vertragsarten: Werk- und Werklieferungsverträge, Miet-, Pacht- und Leasingverträge, Überlassungsverträge, Zuschussverträge und Bürgschaftsverträge mit einem Gegenstandswert ab 8.400,00 € ohne Umsatzsteuer (Gesamtwertumfang bzw. bei unbefristeten Verträgen der Vierjahresbetrag) sind der Rechnungsprüfung anzuzeigen. Geschäftsbesorgungsverträge, Treuhandverträge und Gesellschafterverträge sind grundsätzlich anzuzeigen.

Die Rechnungsprüfung entscheidet, inwieweit sie von Ihrem Prüfrecht Gebrauch macht.

Nachtragsaufträge zu vorhandenen Vergaben oder zu bisherigen Aufträgen mit einem Wert von 8.400,00 € ohne Umsatzsteuer sind der Rechnungsprüfung unaufgefordert vorzulegen. Die begründeten Unterlagen sind beizufügen.

(2) Die Stadtverordnetenversammlung, der Hauptausschuss und der Bürgermeister können der Rechnungsprüfung weitere Prüfaufgaben übertragen, insbesondere:

- die Prüfung ausgewählter Baumaßnahmen
- die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände
- die Prüfung einzelner Haushaltsvorgänge

Die Rechnungsprüfung bestimmt Art und Umfang der im Einzelfall erforderlichen Prüfungshandlungen nach pflichtgemäßem Ermessen.

(3) Der Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung kann der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Hauptausschuss die Durchführung von Prüfungen empfehlen.

(4) Gesetzlich vorgeschriebene Prüfungsaufgaben sind vorrangig zu bearbeiten. Die Rechnungsprüfung entscheidet, soweit den Weisungen der Stadtverordnetenversammlung nicht entgegenstehen, über die Reihenfolge der Prüfung.

(5) Eine Beauftragung externer Prüfer ist im Rahmen des §102 (2) BbgKVerf und nach Abstimmung mit dem Bürgermeister zulässig.

3. Prüfung des Jahresabschlusses und des Gesamtabchlusses

Die Prüfungsdurchführung richtet sich nach dem § 104 (3) BbgKVerf.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Schlussbericht zusammenzufassen, der allen Stadtverordneten und den beratenden Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen- und Rechnungsprüfung zugeleitet wird. Das Prüfergebnis wird im Ausschuss für Finanzen- und Rechnungsprüfung, im Hauptausschuss sowie in der Stadtverordnetenversammlung beraten. Weiteres regelt Punkt 9.

4. Kassenprüfung (vergl. § 44 (2) Punkt 4 KomHKV)

Die gesetzlich und die gemeindlich vorgeschriebenen jährlichen Kassenprüfungen und Kassenbestandsaufnahmen (Stadtkasse und der Nebenkassen) sollen unangekündigt durchgeführt werden. Die Vorschriften über die Kassenaufsicht werden hierdurch nicht berührt.

5. Prüfung von Vergaben (vergl. § 102 (1) Punkt 4 BbgKVerf)

(1) Die Rechnungsprüfung prüft vor der Vergabe von Aufträgen oder Nachtragsaufträgen mit jeweils einem voraussichtlichen Auftragswert ab 8.400,00 € ohne Umsatzsteuer die Einhaltung des Vergaberechts. Die Vergabeunterlagen sind der Rechnungsprüfung vollständig und rechtzeitig zu übergeben.

Sie ist berechtigt Vergaben unterhalb dieses Schwellenwertes zu prüfen.

Der Wert eines beabsichtigten Auftrages darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, um Vorlagepflichten zu umgehen.

(2) Über Vergaben, die keinen Aufschub dulden ist die Rechnungsprüfung unverzüglich durch das federführende Fachamt zu informieren.

(3) Die Einhaltung der vereinbarten Vertragsbestimmungen nach dem Brandenburgischem Vergabegesetz wird bei freiberuflichen Leistungen durch die Rechnungsprüfung kontrolliert.

6. Prüfung der DV-Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft (vergl. § 102 (1) Punkt 6 BbgKVerf)

Von der Rechnungsprüfung ist die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen beim Einsatz von Software-Programmen zur Ermittlung von Ansprüchen und Zahlungsverpflichtungen, für die Finanzbuchhaltung, für die Lohnbuchhaltung und die Zahlungsabwicklung sowie zur elektronischen Speicherung von Büchern und Belegen, vorab anhand von Dokumentationen, Zertifikaten und sonstigen Programmbeschreibungen zu prüfen. Eine Überwachung des laufenden Betriebes soll stichprobenartig erfolgen. Die Rechnungsprüfung ist in geeigneter Weise an der Auswahl bzw. an der Entwicklung von Anwenderlösungen zu beteiligen.

7. Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt bzw. bei städtischen Beteiligungen, Mitgliedschaften und Zuschüssen (vergl. BbgKVerf § 96 (1) Punkt 5)

(1) Die Rechnungsprüfung prüft die wirtschaftliche Betätigung der Stadt.

(2) Die Rechnungsprüfung ist zur Unterrichtung und Einsichtnahme bei städtischen Eigengesellschaften bzw. städtischen Beteiligungen zu Fragen, die bei der

Abschlussprüfung nach §§ 53 Absatz 1 und 54 HGrG aufgetreten sind, befugt. Hierzu sind ihr diese Rechte in den Gesellschaftsverträgen einzuräumen.

(3) Prüfungsaufgaben können auf die Rechnungsprüfung übertragen werden, soweit die Stadt sich dies vorbehalten hat. Prüfungsaufgaben können bei Zuschüssen und Mitgliedschaften übertragen werden.

(4) Die Prüfaufgaben gegenüber dem Norduckermärkischem Wasser- und Abwasserverband (NUWA) richten sich nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GKG) und der Eigenbetriebsverordnung (EigV) in Verbindung mit der Verbandssatzung.

8. Prüfungsunterlagen und Informationen

(1) Der Rechnungsprüfung sind alle für die Prüfung notwendigen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen, einschließlich Vorschriften und Verfügungen, auf Verlangen zur Verfügung zu stellen, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen.

(2) Die Rechnungsprüfer sind befugt, Ortsbesichtigungen vorzunehmen und die zu prüfenden Orte oder Veranstaltungen zu besuchen sowie das Öffnen von Räumen, Behältnissen usw. zu verlangen. Sie weisen sich durch ihren Dienstausweis aus.

(3) Die Rechnungsprüfung ist im Vorfeld rechtzeitig über beabsichtigte Änderungen auf dem Gebiet des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens zu informieren. Weiterhin ist sie über die Übernahme neuer Aufgaben durch die Behörde und den wesentliche organisatorische Veränderungen zu informieren.

(4) Der Rechnungsprüfung sind die Namen der auftrags- und anordnungsberechtigten und/oder der zeichnungsbefugten Beschäftigten und ihrer Vertreter sowie der Umfang ihrer Befugnisse mitzuteilen. Außerdem sind die Namen der Kassenverwalter und ihrer Vertreter schriftlich mitzuteilen.

(5) Der Rechnungsprüfung sind die Einladungen und die Sitzungsniederschriften der Stadtverordnetenversammlung, des Hauptausschusses und des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung und aller anderen Fachausschüsse zur Kenntnis zu geben. Weitere Einladungen und Sitzungsniederschriften können angefordert werden. Der zuständige Rechnungsprüfer nimmt an den die Rechnungsprüfung betreffenden Tagesordnungspunkten der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, des Hauptausschusses und der Ausschüsse teil.

(6) Der Rechnungsprüfung sind die Berichte sonstiger Prüfungsorgane (Wirtschaftsprüfer, Landesrechnungshof, Kommunalaufsicht, Versicherungsträger, Finanzamt usw.) vorzulegen, sofern sie die Stadt Prenzlau oder ihre Gesellschaften, Zweckverbände, Beteiligungen betreffen.

9. Prüfberichte und Geschäftsgang (vergl. § 103 (2) BbgKVerf)

(1) Die Rechnungsprüfer sind verpflichtet, vor Freigabe eines Prüfberichtes Abschlussgespräche mit dem Bürgermeister und den fachlich Zuständigen zu führen. Der Berichtsentwurf ist rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Soweit gefordert, haben die Fachbereiche schriftlich Stellung zu nehmen. Die gesetzten Termine sind einzuhalten. Die abschließende Fassung des Prüfberichtes wird dem Bürgermeister vorgelegt und vom Bürgermeister den zuständigen Gremien zugeleitet. Der

Bürgermeister hat die notwendigen Folgerungen aus den Prüfungsergebnissen zu ziehen.

(2) Abweichend von § 103 (2) BbgKVerf können Prüfberichte ohne Beschlusscharakter ausschließlich dem Ausschuss für Finanzen und Rechnungsprüfung vorgelegt werden. Die Vorlage erfolgt durch den Bürgermeister. Andere Ausschüsse sind zu informieren, sofern Prüfungen in ihrem Zuständigkeitsbereich erfolgt sind.

(3) Über die Wahrnehmung wesentlicher Unkorrektheiten ist der Bürgermeister unverzüglich zu informieren. Über einen Korruptionsverdacht ist zusätzlich der/die Antikorruptionsbeauftragte der Stadt zu unterrichten.

(4) Kassenprüfberichte, sonstige verwaltungsinterne Berichte, z.B. zu einzelnen Rechnungen, einzelnen Vergaben oder Verwendungsnachweisen, und Prüfungen für Dritte (NUWA, Berufsbildungsverein Prenzlau usw.) unterliegen nicht den Regelungen nach Punkt 9 Abs. 1 und 2.

(5) Nichtöffentlich zu beratende Prüfberichte, besonders schutzwürdige Prüfergebnisse sind durch die Rechnungsprüfung zu kennzeichnen.

10. Inkrafttreten

Die Rechnungsprüfungsordnung tritt am in Kraft.

Prenzlau, den 09.05.2019

Hendrik Sommer
Bürgermeister